

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung****Verkehrsberuhigung am Ortseingang notwendig - Ein Kreisel für Sickte?**

Anfrage des Abgeordneten Frank Oesterhelweg (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 27.07.2016

Das *Wolfenbütteler Schaufenster* berichtet in seiner Ausgabe vom 12. Juni 2016 über die Bemühungen der Sickter CDU und von interessierten Bürgern um den Bau eines Kreisels an der Kreuzung Landesstraße 625/Wilhelmshöhe (Panzerstraße) An der Wabe. Wie die Zeitung schreibt, sei dort „zur besseren flüssigen Verkehrsführung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ein Kreisel dringend erforderlich“, CDU-Vertreter bezeichnen laut Bericht in diesem Zusammenhang den geplanten Rückbau der Einmündung zur sogenannten Panzerstraße als „kontraproduktiv“. Seitens einiger Ratsmitglieder werde auch angeführt, dass der Bereich Wilhelmshöhe (Panzerstraße) gegebenenfalls noch als Bau- oder Gewerbegebiet genutzt werden könnte, was dann den Druck auf die Kreuzung verstärken würde. Wie die Zeitung schreibt, sei die Verwaltung der Samtgemeinde Sickte inzwischen bereits an die zuständige Straßenbaubehörde in Wolfenbüttel mit diesem Anliegen herangetreten. Einzelheiten über eine Stellungnahme seien öffentlich nicht bekannt, allerdings sei die Behörde wohl nicht vom Bau eines Kreisels und einer verkehrsberuhigenden Wirkung überzeugt.

Unter Bezugnahme auf die Urteile des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29.01.2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 46, und vom 22.08.2012, Az. StGH 1/12, Rn. 54-56, weise ich darauf hin, dass ich ein hohes Interesse an einer vollständigen Beantwortung meiner Fragen habe, die das Wissen und den Kenntnis-/Informationsstand der Ministerien, der ihnen nachgeordneten Landesbehörden und, soweit die Einzelfrage dazu Anlass gibt, der Behörden der mittelbaren Staatsverwaltung aus Akten und nicht aktenförmigen Quellen vollständig wiedergibt.

Unter Bezugnahme auf das Urteil des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29.01.2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 55, gehe ich davon aus, dass der Landesregierung die Beantwortung der Anfrage in weniger als einem Monat möglich und zumutbar ist, da es sich nach meiner Auffassung um einen eng begrenzten Sachverhalt handelt und der Rechercheaufwand gering ist.

1. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit verkehrsberuhigender Maßnahmen am betreffenden Standort? Wenn ja, welche?
2. Wann und mit welchem Ergebnis haben in den vergangenen drei Jahren Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen im betreffenden Bereich stattgefunden?
3. Ist die Landesregierung bereit, sich im Rahmen eines Ortstermins den Anregungen und Vorschlägen der Verwaltung der Samt-/Gemeinde Sickte, der Fraktionen und der Bürgerschaft zu stellen?